

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gelbte Kolonnen-Beile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Vrey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Terrorismus.

Die christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben in letzter Zeit heftige Anklagen erhoben gegen den Terrorismus der freien Gewerkschaften. Mitglieder der erstgenannten Verbände sollen von Angehörigen der freien Gewerkschaften zum Uebertreten gezwungen worden sein. Speziell auch der Verband der christlichen Fabrik- und Transportarbeiter hat in mehreren Nummern seines Verbandsorgans die gleichen Anschuldigungen gegen Mitglieder unseres Verbandes erhoben. Soweit die christlichen Organisationen in Betracht kommen, könnte man mit Gegenbeweisen dienen, oder Wunte auf die Nr. 21 des Organs des Verbandes der katholischen Arbeiter-Bereine (Sitz Berlin), „Der Arbeiter“, verweisen. Es werden da eine Anzahl von Terrorismusfällen angeführt, die sich christliche Gewerkschaftler gegen katholische Fachabteiler haben zuschulden kommen lassen. Aber es hat keinen Zweck, die Sache, um die es sich handelt, von dieser Seite anzufassen. Es soll hier vielmehr zur Terrorismusfrage im allgemeinen Stellung genommen werden. Ihr ausweichen, hiesse mindestens dem Terrorismus Vorschub leisten, wenn nicht gar ihn gutheissen. Und die Angriffe gegen Angehörige unserer Organisation lediglich mit Beschuldigungen beantworten zu wollen, wäre in diesem Falle ein Ausweichen, womit der Sache der Arbeiter in keiner Weise gedient sein kann.

Die Revolution hat eine große Zahl von Menschen geistig mobil gemacht, so auch Massen von Arbeitern, die aber noch ohne fertige Weltanschauung sind. In ihrem sogenannten „Unterbewusstsein“ hatten sie wohl längst die Notwendigkeit und Nützlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation anerkannt, aber sie hatten doch keine klare Vorstellung vom Wesen und Wirken der Organisation an sich. Nur das eine ist ihnen ohne weiteres durch die überraschenden Erfolge mancher Art während der Revolutionszeit klar geworden: Wir können viel oder alles erreichen, wenn wir einig sind. Diese primitive Erkenntnis rechnet noch nicht mit Voraussetzungen, die zur Erreichung eines Zieles neben der Einigkeit gegeben sein müssen. Diese Neulinge im Gewerkschaftswesen wollen — was erklärlich ist — möglichst rasch das letzte Ziel erreichen. Die Mittel, die sie zur Erreichung ihres Zieles mitunter anwenden wollen, sind nicht immer einwandfrei, und in solchen Fällen versagen die Organisationsleitungen die Mitwirkung. Aber es kommt vor, daß dann undisziplinierte Mitglieder auf eigene Faust handeln. Das gilt für die Organisationsangehörigen aller Richtungen.

Der Terror war von jeher eine Begleiterscheinung der Revolutionszeit. Und da er mitunter vorübergehend zum Ziele geführt hat oder führt, lassen sich gewerkschaftlich ungehulte und undisziplinierte Neulinge nur zu leicht verleiten, ihn auch auf gewerkschaftlichem Gebiet zur Anwendung zu bringen. Sie glauben nur zu gern, wer die Macht hat, habe auch das Recht. Aber das wäre ein ganz rohes Recht, es wäre nichts anderes als das Faustrecht. Gewiß, der vorerwähnte Grundsatz, wer die Macht hat, hat das Recht, wird dort zur Anwendung kommen müssen, wo die Austragung von Gegensätzen zu einer Entscheidung drängt, die nur durch Abstimmung herbeigeführt werden kann. Da muß sich die Minderheit der Mehrheit unterordnen, und das ist sogar ein demokratischer Standpunkt. So werden fast alle praktischen Tagesfragen erledigt. Die Minderheit ordnet sich der Mehrheit freiwillig unter. Dieses Verfahren läßt sich aber nicht anwenden auf rein ideellem Gebiet. Man kann durch Mehrheitsbeschluß ebensowenig wie durch rohe Gewalt jemandem eine andere Weltanschauung beibringen. Sind schon einmal mehrere Organisationen gewerkschaftlicher oder politischer Richtungen vorhanden, so ist jede auf einer bestimmten Ideenbasis aufgebaut, die der Richtung ihren geistigen Inhalt gibt, oder mit anderen Worten einen wichtigen Bestandteil ihrer Weltanschauung darstellt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Anhänger dieser verschiedenen Richtungen sich aus einer einzigen Gesellschaftsschicht, aus der Arbeiterklasse, rekrutieren. In den freien Gewerkschaften ist von jeher die sozialistische Weltanschauung das ethische Moment, bei den christlichen Gewerkschaften steht die religiöse Frage stark im Vordergrund und anknüpfend daran auf politischem Gebiet das Zentrum als Instrument zur Befruchtung des staatlichen Gemeinwohlens mit religiösem Geist. Das gleiche gilt von den Anhängern der katholischen Fachabteilung (Berliner Richtung), aber mehr im rein katholisch-orthodoxen Sinne. Wer nun der naiven Meinung ist, er könnte den Angehörigen einer der genannten — oder auch einer anderen — Richtung durch Zwang und plötzlich für seine gegenläufige Auffassung gewinnen, der befindet sich in einem großen Irrtum. Im Seinesleben des Segners, wenn wir ihn so nennen wollen, müßte sich erst eine Umwandlung vollziehen, ich müßte den Gegner überzeugen, daß seine Ansicht falsch und die meine richtig sei. Die Gewinnung einer neuen Weltanschauung ist aber sehr oft mit heftigen inneren Seelenkämpfen verbunden. Wende ich Gewalt an, um den Andersdenkenden für meine Organisation zu gewinnen, so habe ich einen zähneknirschenden Kollegen gewonnen, aber keinen Freund. Eine durch terroristische Mittel gewonnene oder zusammengehaltene Mitgliedschaft läuft aber bei der ersten sich bietenden Gelegenheit wieder auseinander. Man kann verstehen, daß die Vertreter einer überholten konservativen Weltanschauung zur Erhaltung ihrer Vormacht Terrorismus anwenden. Sie wollen sich ihre seither innegehabte

Machtposition noch für einige Zeit erhalten. Aber es ist nicht zu verstehen und auch nicht zu billigen, wenn die Vertreter einer neuen Weltanschauung, denen die Zeit in die Hände arbeitet, glauben, nicht ohne Terrorismus auskommen zu können. Wer Terrorismus anwendet, ist von der Güte seiner Argumente nicht überzeugt. Zudem, geistig wirklich hochstehende Menschen werden den Terrorismus in jeder Form ablehnen. Als Organisation dürfen wir keinen anderen Standpunkt einnehmen. Haben wir uns in der Vorkriegszeit nicht mit Recht empört über den Terrorismus der Unternehmer, der Behörden, der Polizei usw.? Es geht nicht an, den Terroris... abzulehnen und zu bekämpfen, wo er für uns nachteilig ist, ihn aber gutzuheissen, wo er uns anscheinend Vorteile bringt. Die Stellung zu dieser Frage muß eine prinzipielle sein. Aus rein ethischen Motiven (sittlichen Gründen) lehnen wir also den Terrorismus ab und richten an dieser Stelle an unsere Mitglieder, insbesondere an unsere jungen, übereifrigen Verbandsangehörigen die Mahnung, entsprechend zu handeln. Nicht als ob unsere Mitglieder diese Mahnung nötiger hätten als die der anderen gewerkschaftlichen Richtungen. Aber wir halten uns als eine der stärksten Organisationen für verpflichtet, besonders darauf zu sehen, daß diese Stärke und Ueberlegenheit nicht mißbraucht wird. Jedermann hat nach wie vor das Recht, durch geistige Beeinflussung für seine Ideen und damit für seine Organisation zu werben, aber er hat nicht das Recht, zur Erreichung seiner Ziele terroristische Mittel, insbesondere körperlichen Zwang, anzuwenden. Es genügt, wenn man einer guten Sache Worte leiht.

Aktiengesellschaften mit Arbeiterbeteiligung.

Die Sozialisierungsbestrebungen der Gegenwart sind den privatkapitalistischen Unternehmern erklärlicherweise sehr unangenehm. Zwar wird der offene Kampf gegen die Notwendigkeiten der Zeit aus politischen Gründen vorerst nur zaghaft geführt. Dafür wird aber um so mehr vorläufig alles getan, um die Ueberführung großer Unternehmungen in den Besitz der Allgemeinheit möglichst zu erschweren oder zu verhindern. Die Kapitalisten suchen die Arbeiterschaft von ihren sozialistischen Bestrebungen abzulenken, die Sozialisierung in übertriebener Form als schwierig hinzustellen usw. Bei diesem redlichen Bemühen versallen sie auf manche mehr oder weniger alte oder komische Einfälle. Einer dieser ist die Absicht, die Arbeiter finanziell an den Unternehmungen zu beteiligen und ihnen von dem Gewinn einige Puppen zukommen zu lassen. Der Gedanke ist schon seit Jahrzehnten von Stücker, Freese und anderen zum Teil im Zusammenhang mit der „konstitutionellen Fabrik“ erörtert worden. Neuerdings wird er wieder eifrig besprochen. Vor wenigen Wochen erschien z. B. im Verlag von Ackermann u. Wulff Nachf., Hamburg 11, eine Schrift: „Der Lebensnerv der deutschen Industrie, ein Wegweiser für Aktionäre und Arbeiter von Wilhelm Hirschmann.“ Sie setzt auseinander, daß die deutsche Industrie nur durch Hebung der Produktion gettet werden kann. Diese werde bedingt durch den Willen zur Arbeit. Solange es aber Menschen gebe, werde ihr Wille maßgebend beeinflusst werden nicht nur durch ideelle Vorteile, sondern vor allem durch materiellen Nutzen, den der Fleiß ihrer Hände ihnen verschaffen soll. Heute seien aber die Arbeiter noch nicht an der Hebung der Produktion interessiert. Hier sei mithin der Hebel einzusetzen. Man könnte nun nach dieser treffenden Begründung erwarten, daß der Verfasser der Sozialisierung der dazu reifen Betriebe das Wort redet.

Statt dessen gibt er zunächst ein Bild der Entwicklung der deutschen Aktiengesellschaften. Die rund 4775 derartigen Gesellschaften hatten im Geschäftsjahr 1912/13 bei einem Aktienkapital von rund 15 250 Millionen Mark einen Gewinn von 1736 Millionen Mark. Bis zum Geschäftsjahr 1915/16 stieg das Aktienkapital auf 15 865 Millionen Mark, der Gewinn auf 1832 Millionen Mark. Also bei einer relativ knappen Kapitalerhöhung von 615 Millionen Mark eine Gewinnsteigerung von 96 Millionen Mark. Zugewonnen haben insbesondere die Aktiengesellschaften, die eine Dividende von 1 bis 6 v. H. verteilen, während diejenigen mit 6 bis 10 v. H. eine Abnahme fanden und die mit mehr als 10 v. H. nach wie vor genau ein Viertel aller Gesellschaften ausmachten. Am glänzendsten steht die chemische Industrie da. Im Jahre 1912/13 hatten ihre 158 Gesellschaften 505 Millionen Mark, im Jahre 1915/16 ihre 165 Aktienunternehmungen aber 627 Millionen Mark Aktienkapital. Die Gesellschaften, die eine Dividende von über 10 v. H. verteilen, vermehrten sich ein wenig und machten rund zwei Drittel aller Aktiengesellschaften der chemischen Industrie aus. Bei dieser Entwicklung ist aber ganz besonders zu beachten, daß die Rücklagen (Reserven) mehr als sonst stiegen. Trotz einer Verminderung aller Gesellschaften um 12 vermehrten sich die Rücklagen von 3788 auf 4135 Millionen Mark, in der chemischen Industrie allein von 178 auf 211 Millionen Mark.

Nachdem noch von der „Scheu vor durchgreifenden Maßnahmen“ und von den „nicht verständlichen Gefühlsmomenten wie die Angst des Aktionärs für seine Dividende“ gesprochen, kommen die Vorschläge. Nur über die Form der Ertragsbeteiligung der Arbeiter, nicht über ihre Zweckmäßigkeit könne eine Verschiedenheit der Auffassung möglich sein. Es wird nun empfohlen: 1. Eine nach Dienstjahren und Leistung gestaffelte Beteiligung der Arbeiter. Für jedes Jahr, das der Arbeiter dem Betriebe

angehört, steht ihm eine Tantieme in Höhe der ausgeschütteten Dividende auf eine Aktie zu. Für jede Stufe seiner durch Leistung gehobenen Laufbahn (als Vorarbeiter, Werkmeister usw.) steht ihm der Anspruch auf den Ertrag einer weiteren Aktie zu.

2. Nach einer Reihe von Jahren, deren gesetzliche Fixierung vorbehalten bleibt, etwa fünf oder zehn, wird diese Tantieme kapitalisiert. Der Arbeiter wird Aktionär des Unternehmens und erhält so viele Aktien, als er Jahre im Betriebe tätig war. „Die Vorteile für das Unternehmen durch Gewinnung eines Stammes geschulter und interessierter Arbeiter leuchten ein. Der vorzeitigen Entlassung des Arbeiters bei Annäherung seines Dienstalters an die Aktionärgrenze wird durch das bereits vorgezeichnete Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei Ent... vorgebeugt.“

3. Die erarbeiteten Aktien sind unübertragbar. Sie verbleiben der Gesellschaft; diese gibt dem Arbeiter ein Doppeltstück, das unveräußerlich ist. Erst beim Tode des Arbeiters fallen die Aktien an die Gesellschaft zurück.

4. Auf gesetzlichem Wege wird festgesetzt, daß die jährliche Dividende auf gekaufte und auf erarbeitete Aktien in gleicher Höhe erfolgen muß. Die Arbeiterschaft erhält kraft ihres Aktienbesitzes eine Vertretung im Aufsichtsrat.

Der Verfasser verspricht sich von den Wirkungen seiner vorgeschlagenen Neuerungen sehr viel. Der Arbeiter werde eine vollkommen verschiedene Stellung zu dem Unternehmen, seinem Ertrag und seiner Führung gewinnen, als er heute einnehme. Verschwinden werde die häßliche Gestalt, deren Niedererschlag in der Unterjochung die „Ausbeuter“, die „Ausgebeuteten“ gipfeln. In Fleiß und Blut übergehen müsse es Unternehmern und Arbeitern, daß sie alle an einem Strange ziehen.

Auch in Nr. 56 des „Tages“ schneidet Professor Wygodzinski die Frage an, ob sich durch eine finanzielle Beteiligung der Arbeiter und Angestellten nicht Möglichkeiten eröffnen würden, „durch welche einerseits das Interesse der Arbeiter an den Unternehmungen stark gehoben, andererseits auch dem wirtschaftlichen Frieden gedient würde“. Aus all den Erörterungen spricht das Verlangen, den Privatkapitalismus so lange wie möglich aufrecht zu erhalten und die Arbeiter mit ihm durch kleine Konzeptionen zu versöhnen. Hieraus ergibt sich auch die Stellung der Arbeiter zu der Frage. Sie können und werden ihre Ziele, die in der Herbeiführung einer sozialistischen Gesellschaft bestehen, nicht aufgeben. Sie können sich hiervon nicht dadurch abbringen lassen, daß einige oder auch eine Anzahl Arbeiter zu Miniatur-Aktionären gemacht werden, deren Rechte noch sehr untergeordnet sein sollen. Die großen Unternehmen gehören nicht in die Hände von Privatpersonen, selbst wenn sich Arbeiter darunter befinden, sondern in den Besitz der Allgemeinheit, des Staates. Die Gesamtheit muß den Vorteil und Gewinn haben, nicht eine beschränkte Anzahl Auserwählte. Sofern die Unternehmer den ausschlaggebenden Einfluß haben, sei es bei der Beratung des Gesetzes oder später in der Praxis, so werden sie sicher versuchen, den Einfluß der „Arbeiter-Aktionäre“ so gering wie möglich zu gestalten, so daß sie nur Dekoration sind.

Sollte von irgendeiner Seite jemals ein entsprechender Gesetzesentwurf kommen — wir haben keine Ursache, ihn zu fördern —, so wird zu prüfen sein, ob er Vorteile oder Nachteile für die Arbeiter bringt. An sich wird sich nichts dagegen einwenden lassen, daß die Arbeiter jedes Jahr eine kleine Zulage in Gestalt der Dividende für eine Aktie bekommen. Verwickelter ist schon die Frage, wie die Kapitalisierung der Dividende zu einer „Aktie“ vor sich gehen soll. Soll er dafür etwa vorher oder nachher auf die Dividende verzichten? Daß ihm die Aktie nur in der Form, nicht in Wirklichkeit gehören soll, ist ebenfalls ein Streitpunkt. Irrendwelsche Beschränkung der seitherigen Rechte der Arbeiter müßte unter allen Umständen entschieden abgelehnt werden. Was die Wirkung der Einrichtung anbetrifft, so glauben wir, daß sich die Kapitalisten von heute einer Täuschung hingeben. Durch solche kleinteilige Mittel ist eine Weltanschauung, wie sie der Sozialismus darstellt, nicht aus der Welt zu schaffen. Er ist eine kulturgeschichtliche Notwendigkeit.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf verwiesen, daß in Frankreich schon Versuche der hier erörterten Art gemacht worden sind. Dort ist man im Jahre 1912 einer Anregung des radikalen sozialistischen Abgeordneten Justin Godart gefolgt und hat ein Gesetz über Aktiengesellschaften mit Arbeiterbeteiligung eingeführt. Es trat am 26. April 1917 in Kraft. Es führt das neue System nicht obligatorisch ein, sondern begünstigt nur solche Aktiengesellschaften, die den hier vorgezeichneten Bedingungen entsprechen, durch Stempelfreiheit usw. Den Aktiengesellschaften wird freigestellt, in ihren Satzungen zu bestimmen, daß die Gesellschaft eine solche mit Arbeiterbeteiligung ist. In diesem Falle bestehen die Aktien der Gesellschaft aus Kapitalaktien und aus Arbeitsaktien. Letztere sind das gemeinsame Eigentum der als „arbeitergenossenschaftliche Handelsgesellschaft“ konstituierten gesamten Arbeiter und Angestellten des Betriebes über 21 Jahre beiderlei Geschlechts.

Die Arbeitsaktien lauten auf den Namen der Arbeitergenossenschaft und sind unverkäuflich. Die Dividenden werden unter den der Genossenschaft angehörigen Arbeitern gemäß den Satzungen verteilt. Mit Verlassen seiner Stellung erlöschen für den Arbeiter auch alle seine Ansprüche an die Arbeitergenossenschaft. Die Arbeitergenossenschaft ist bei der Generalversammlung der Aktiengesellschaft durch die von ihr gewählten Bevollmächtigten vertreten. Auch soll die Arbeitergenossenschaft im Verwaltungsrat der Aktiengesellschaft durch eines oder mehrere seiner Mitglieder

Arbeiter 16 Stunden auf dem Strohhalm liegen, läßt sie doch noch einige Stunden Profit schaffen. Das waren wohl seine Gedanken, als er eines Tages die Arbeiter in der Schloßstraße besuchte.

Zucker-Industrie

Tarifföhne in der Zuckerindustrie.

Wir haben bereits in Nr. 44 des „Proletariats“ mitgeteilt, daß für über 200 Zuckerfabriken die Löhne tariflich geregelt sind. Inzwischen sind noch einige Bezirke hinzugekommen, so daß für die meisten Betriebe die tarifliche Lohnregelung vollzogen ist.

Die ganzen Bezirkstarife in Wortlaut zu veröffentlichen, geht wegen Raummangels nicht an; es ist aber auch nicht erforderlich, da die meisten Tarife lediglich dasselbe sagen.

Soweit Abschlüsse vorliegen, sind für die einzelnen Bezirke folgende Löhne festgesetzt:

Table with 5 columns: Ortsklasse, Arbeiter im Alter von (über 20, 18-20, 16-18), Arbeiterinnen ohne Altersunterschied. Rows I-IV.

Postenleute erhalten während der Kampagne einen Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde. Handwerker, Heizer usw. erhalten 25-30 Pf. pro Stunde mehr als ungelernete Vollarbeiter.

Bezirksverband Sachsen, Thüringen usw.

Table for Bezirk Altmärk (5 Fabriken) with columns for Ortsklasse and age groups.

Table for Bezirk Halberstadt (21 Fabriken) with columns for Ortsklasse and age groups.

Table for Bezirk Magdeburg (18 Fabriken) with columns for Ortsklasse and age groups.

Table for Bezirk Anhalt (18 Fabriken) with columns for Ortsklasse and age groups.

Table for Bezirk Thüringen (14 Fabriken) with columns for Ortsklasse and age groups.

Table for Freistaat Sachsen (4 Fabriken) with columns for Ortsklasse and age groups.

Für die Bezirke Altmärk, Magdeburg, Halberstadt und Thüringen erhalten die angeleiteten Arbeiter während der Kampagne einen Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde.

Für Sachsen und Anhalt erhalten die Handwerker im Durchschnitt einen Zuschlag von 15 bis 30 Pf. pro Stunde zu den Vollarbeiterlöhnen.

Bezirk Brandenburg (8 Betriebe):

Table for Bezirk Brandenburg with columns for Ortsklasse and age groups.

Bezirk Hannover-Braunschweig (71 Fabriken):

Table for Bezirk Hannover-Braunschweig with columns for Ortsklasse and age groups.

Bei Arbeitern und Arbeiterinnen unter 20 Jahren werden die Löhne je nach Leistung gezahlt.

Für den Bezirk Hannover-Braunschweig erhalten die Handwerker in allen Altersklassen 20 Pf. pro Stunde mehr als die sonstigen Arbeiter.

Außer den bezirksweise vereinbarten Löhnen sind in einer Reihe Betriebe Einzelstarife abgeschlossen worden. Eine Einigung über die Löhne ist bislang noch nicht erfolgt in den Bezirken Pommern, Rheinland, Württemberg, Baden, Hessen, Halle usw.

Wie obige Zusammenstellung zeigt, sind die Löhne der einzelnen Bezirke noch sehr verschieden. Das hat seinen Grund in den wirtschaftlichen Verhältnissen dieser Bezirke.

Der Grundstein zu einer tariflichen Lohnregelung für die Zucker-Industrie ist durch diese Bezirkstarife gelegt. Unsere Kollegen in den Betrieben haben nun dafür zu sorgen, daß hierauf weitergebaut wird.

Die Vorbedingung zur Erreichung günstiger Lohnstarife ist eine geschlossene Organisation. Unsere Mitglieder in der Zucker-Industrie müssen mit allen Kräften dahin wirken, die uns noch fernstehenden Arbeiter der Organisation zuzuführen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

An die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes richtet sich folgender Aufruf, der von Delegierten des Metallarbeiter-Verbandsstages ausgeht.

Die 14. Verbandsgeneralversammlung ist beendet; das Ergebnis der zehntägigen Verhandlungen und Kämpfe untersteht eurem Urteil. Die Führer der Opposition haben auch bei den Wahlen in Aussicht gestellt, daß diese Generalversammlung im Gegensatz zu den früheren Tagungen der „Gewerkschaftsbözen“ die Generalversammlung der Tat werden müsse.

Zahlreiche schriftliche und mündliche Meinungen aus den Reihen der Kollegenschaft bringen heute schon den schärfsten Unwillen über die in Stuttgart gefassten Entschlüsse zum Ausdruck. Wer die Entwicklung der Dinge im Verlaufe in den letzten Jahren verfolgte, konnte nicht im Zweifel darüber sein, zu welchen Zwecken eine Generalversammlung von der Opposition benutzt werden sollte.

Der Unwille über die Tagung und deren Beschlüsse wird in den nächsten Tagen und Wochen tauendfachen Widerhall finden. Der größte Fehler wäre es aber, wenn — wie schon von verschiedenen Seiten angekündigt wird — die Kollegen und Kolleginnen diese ihre Mißstimmung durch Austritt aus dem Verbandsverbande zum Ausdruck bringen wollten.

Das darf unter keinen Umständen geschehen. Jetzt gilt es erst recht, zusammenzukommen. Wir fordern unsere Anhänger in allen Teilen des Reiches auf, gemeinsam mit uns etwaige schädliche Rückwirkungen der Beschlüsse dieses Verbandsstages nach Möglichkeit einzudämmen und eine Veränderung der Verbandsstagesbeschlüsse herbeizuführen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin. Um Stellung zu dem neuen Gruppentarif für die chemische Industrie der Provinz Brandenburg, einschließlich Berlin, zu nehmen, war zu Sonntag, den 2. November, eine Konferenz der Arbeiter dieser Industriebranche nach dem Gewerkschaftshaus einberufen.

Am 1. November hielt Kollege Haupt (Hannover) ein informatives Referat über die Arbeitergemeinschaft, ihre Entstehung, ihren Aufbau und Zweck. Wie schon in einer am vergangenen Sonntag abgehaltenen Konferenz der Belegearbeiter, kam in der Diskussion auch hier wieder zum Ausdruck, daß die Mehrheit der Kollegen ein großes Mißtrauen gegen diese Institution hegt und bestärkt, daß ihre Interessen in derselben nicht genügend gewahrt werden.

Die Diskussion ergab, daß man den Vorschlag der Arbeitgeber, neben den Ortsklassen eine betriebliche Regelung der Löhne vorzunehmen, mit aller Entschiedenheit ablehnen müsse, selbst wenn die ganzen Tarifverhandlungen daran scheitern sollten. Im übrigen wurde eine mögliche Befestigung der Verhandlungen gewünscht.

Der Vorstand (Höhn). Die Zahlstelle hielt am 19. Oktober ihre Quartalsversammlung ab, die aber trotz der wichtigen Tagesordnung nur schwach besucht war. Auf der Tagesordnung stand der Kaspenbericht vom 3. Quartal, die Anstellung eines Bezirksleiters im Harzgebiet und der Bericht von der Konferenz in Badach.

ber Hauptklasse vom 2. Quartal und wie es der Hand der Zahlen darauf hin, wie unzureichend bei über 500 000 Mitgliedern der Bestand der Hauptklasse wäre, falls einmal ein Generalstreik ausbrechen sollte. In Punkt 2 legt der Kollege Schübert dar, wie wichtig die Anstellung eines Bezirksleiters für das Harzgebiet sei, wenn die Fabrikarbeiter nicht hinter anderen Organisationen zurückbleiben wollen.

Die am 28. September tagende Kassenkonferenz in Badach beschließt, daß die jetzt übliche Entschädigung der Arbeiterauschüsse von 50 Mk. pro Monat nicht dazu anlangt, das Vertrauen zwischen Arbeiterauschüssen und Arbeiterschaft zu fördern.

Sperenberg. Am 26. Oktober fand im Pragerschen Lokal die Vierteljahresversammlung unserer Zahlstelle statt. Sie war von 160 Mitgliedern besucht. Der Kaspenbericht vom 3. Vierteljahr zeigt eine Einnahme der Hauptklasse von 4061,65 Mk. und der Lokalkasse von 2339,25 Mk.

Burg-Grünna. Am 18. Oktober hielt die Zahlstelle ihre erste Quartalsversammlung nach Verschmelzung mit der Zahlstelle Grünna ab. Wir entnehmen aus dem Agitationsbericht des Kollegen Büttlich folgendes: Um die Löhne der Kolleginnen und Kollegen mit den bestehenden und noch fortwährend steigenden Preisen für alle Lebens- und Bedarfsartikel nur annähernd im Einklang zu bringen, mußten auch in diesem Quartal überall in den uns zugehörigen Betrieben die Löhne einer Neuregelung unterzogen werden.

In der Papierindustrie wurde ein Reichstaxi abgeschlossen, welches mußte aber auch in puncto Löhne eine Neuordnung erfahren. Es gelang uns im Verein mit dem Arbeiterausschuß, eine Lohnsteigerung von 20 bis 40 Pf. pro Stunde zu erzielen. Die Löhne betragen für die Kollegen an den Maschinen von 2,20 Mk. pro Stunde bis 1,70 Mk., für die anderen von 1,80 Mk. bis 1,50 Mk., für Frauen von 1,00 bis 1,10 Mk.

In Merchau, wo eine ganze Reihe kleiner Betriebe in Frage kommen, ist es uns überall gelungen, die Forderungen der Arbeiterchaft zur Verwirklichung zu bringen. Hierzu kommen auch die Arbeiter der Gasanstalt, welche auf unsere Veranlassung eine wesentliche Zulage erhielten. Die Arbeiter der Kalksteindruckerei in Frensdorferthal stellten auch Forderungen, und es wurde zugunsten der Arbeiterschaft eine Einigung erzielt. Der Lohn beträgt 1,63 Mk.

Am 1. November hielt die Zahlstelle eine Besprechung mit dem Arbeiterausschuß, welche sich bei den Wahlen als großer Demotrat ausgab und unter anderem die Nebenwendung gedruckte, daß die Arbeiter noch viel zu wenig verdienen. Und siehe, jetzt, wo es um keinen Selbstzweifel geht, da jetzt er zerknirschend; er mußte bantrot machen, wenn er höhere Löhne zahlen soll.

Die Ausgaben der Hauptklasse betragen 18 330,85 Mk. Beitragsmarken wurden 33 035 Stück umgekehrt. Bei der Ausgabe der Hauptklasse sind folgende Posten bemerkenswert: Frankfurterbeiträge 721 Mk., Streifenbeiträge 342 Mk., der Hauptklasse konnten 13 537,15 Mk. überwiesen werden. Der Lokalkassenbestand betrug nach der Verschmelzung 6336,16 Mk., hinga konnten der Anteil von der Hauptklasse in Höhe von 3134 Mk., weiter die Lokalkasse mit der Summe von 6188 Mk. und 45,21 Mk. hinga, so daß die Gesamtheit der Lokalkasse nun 16 204 Mk. betragen.

Wenn wir auch in Bezug auf Organisation in den uns zugehörigen Betrieben nicht ungenügend stehen, so haben wir noch lange keinen Grund, die Hände in den Schoß zu legen. Vor allem gilt es nun, die Organisation in die Tiefe auszubauen, und hier müssen nicht nur die Arbeiterauschüsse, sondern jedes einzelne Mitglied tatkräftig mitarbeiten, um die Organisation zu dem zu machen, was sie sein soll, eine Kampforganisation, die jeder Unternehmenswillkür bieten kann.

